

Über den Westen nichts Neues

von *Thomas Etzemüller*



Titel The Spectre of Race

Untertitel How Discrimination Haunts Western Democracy

Autor(en) Michael G. Hanchard

Land USA / Großbritannien

Erschienen Princeton, NJ / Oxford 2018: Princeton University Press

Umfang 272 S.

Preis \$ 29,95

ISBN 9780691177137

Michael G. Hanchard durchmustert einmal mehr die unrühmliche Vergangenheit der modernen Demokratien

Manchmal machen Texte deutlich die Lektüregewohnheiten unterschiedlicher Disziplinen erfahrbar, und dieses Buch hat mich als Kulturwissenschaftler etwas ratlos zurückgelassen. Es stammt von dem an der University of Pennsylvania lehrenden Politologen Michael G. Hanchard und seine These spiegelt - einleuchtend - Zygmunt Baumans Überlegungen zur „Ambivalenz“ der Moderne

wider. Bauman zufolge ist der Holocaust ein integraler Bestandteil der industriellen Moderne gewesen, und ähnlich argumentiert auch Hanchard: Rassismus und Diskriminierung seien der Demokratie nichts Äußerliches, Feindliches, sondern gehörten im Gegenteil seit der griechischen Antike konstitutiv zur demokratischen Staatsform. Wie bei Bauman dient diese These nicht zur Diskreditierung der demokratischen Gesellschaftsordnung. Vielmehr könne man die Dynamik der Demokratie nur dann begreifen - und diese gegen populistische und rechtsextreme Bewegungen verteidigen -, wenn man die Bedeutung und das Funktionieren von Exklusionsmechanismen in den Blick nehme, statt Diskriminierung und Ausgrenzung einseitig als das Werk von Populisten zu begreifen. Diesen Ansatz finde ich einleuchtend, denn er ist Teil einer bereits länger anhaltenden Re-Evaluierung der Moderne, die politisch opportune Dichotomien zwischen vermeintlich „hellen“ und „dunklen“ Seiten der Geschichte aufgibt und Massenmorde, Diskriminierung oder Rassismus nicht mehr bloß als „Anomalien“ eines vermeintlichen Siegeszuges liberaler, freiheitlicher und egalitärer westlicher Demokratien als teleologischem Zielpunkt der Geschichte zu registrieren vermag. Was mich jedoch irritiert, ist die Durchführung der Studie.

Am meisten überzeugt mich das erste Kapitel, in dem Hanchard sein methodisches Vorgehen schildert. Als Vertreter einer „Comparative Politics Discipline“ vergleicht er drei politische Systeme, nämlich die antike griechische Demokratie, die seit dem 19. Jahrhundert als Vorbild aller modernen Demokratien gilt, sowie die postrevolutionäre französische und die amerikanische politische Ordnung seit dem späten 18. Jahrhundert. Diesen Ansatz destilliert er zunächst aus den Schriften Edward Augustus Freemans heraus, den er zugleich historisiert. Freeman wird von Hanchard als Vorreiter einer vergleichenden Politikwissenschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt, der jedoch - aus heutiger Sicht - nicht wertfrei verglichen, sondern den Zugriff genutzt habe, um eine von ihm und vielen seiner Zeitgenossen angenommene Überlegenheit und Einheit der „Euro-Aryan political institutions“ gegenüber denen anderer „Rassen“ wissenschaftlich zu beweisen (S. 24). Auch Woodrow Wilson „strongly believed that Aryans were fundamentally a state-making people“ (S. 33). Die Politikwissenschaft habe sich bislang jedoch nur für die „dynamic relationship between history, ideas, and political institutions“ interessiert; „the spectre of racial difference lurking behind the field of comparative politics has gone unnoticed“ (S. 36). Dabei sei der „nexus of race and polity“ zentral für Freemans Arbeit gewesen und „has been a central feature of Western politics in the 20th century“ (S. 37). Gerade in der angewendeten Methode ein Desiderat der Forschung auszumachen, ist ein geschickter Kniff des Autors.

Das zweite Kapitel greift die wissenschaftshistorische Perspektive auf und skizziert, wie die Dekolonisierung der Dritten Welt Politologen gezwungen hat, den Zusammenhang von Nationalstaat und Rasse insoweit neu zu denken, als nun Völker eigene Staaten gründeten, denen die entsprechende Fähigkeit zuvor aus vermeintlich biologischen Gründen abgesprochen worden war. Afrika mutierte dabei zu einem idealen Labor für die neue Disziplin einer anthropologisch orientierten Politologie (*Political Anthropology*), da eine vergleichbar komplexe

Gemengelage von politischen Akteuren und Strukturen, von Institutionen, Konflikten und Repräsentationsformen so weder in den USA und Europa zu finden waren, noch dort, wo vorkoloniale, koloniale und post-koloniale Formen politischer Macht koexistierten. Während Politologen allerdings dazu neigten, auf spezifische, isolierbare Elemente des Politischen abzuheben, war es die Stärke der Anthropologen, das Politische ganzheitlich und auch in Alltagspraktiken jenseits des Politischen im engeren Sinne auszumachen. Der Nexus von Rasse und Politik hatte ausgedient beziehungsweise war ersetzt worden durch eine ähnliche „form of imprisonment“, nämlich „Kultur“, „relegating entire populations to a set of behaviors and institutional practices that would consign them to eternal mediocrity – or worse“ (S. 58). Der Nationalstaat als basale Analyseeinheit wurde korreliert „with distinctions in ethnicity, religion, and nationality; in a word, culture. [...] Freeman’s nexus of race and polity was replaced by the nexus of culture and polity“ (S. 60). Trotzdem oder gerade deswegen ging die jüngere Generation von Politologen davon aus, dass ihre Disziplin „[had been] moving from value-laden [,Rasse'] to value-neutral [,Kultur']“ (S. 61).

In den folgenden Kapiteln entfaltet Hanchard sodann einzelne Aspekte dieses Zusammenhangs. Im dritten Kapitel beschreibt er, wie Demokratien, beginnend im klassischen Athen, Staatsbürgerschaft differenzierten, um bestimmte Gruppen von Menschen von der politischen Partizipation auszuschließen, seien es Sklaven oder Ortsfremde, wie in der griechischen Demokratie, oder befreite Sklaven beziehungsweise Arbeiter in den karibischen Staaten, den USA oder Frankreich. Nicht abwesende Ungleichheit, so Hanchard, zeichne also die meisten Demokratien aus, sondern das *dynamische Verhältnis* von demokratisierender und exkludierender Politik. Er spricht sich dabei nicht einmal grundsätzlich gegen Ungleichheit aus, vielmehr sei die Frage: „[U]nder what conditions does democracy *require* barriers to membership? [...] [W]hich barriers to political and civic membership are considered tolerable, and which one’s aren’t?“ (S. 106).

Und hier beginnen nun meine Probleme. Hanchard tippt vieles an, führt aber wenig aus. Wir springen von Ausführungen über das antike Athen zu langen Passagen über die Karibik, dann folgen knappe Bemerkungen zu Frankreich und den USA, manchmal werden auch Deutschland oder die Schweiz erwähnt. Fragen wie die eben zitierte nach den Grenzen der politischen Zugehörigkeit in Demokratien sind so einleuchtend wie abstrakt, werden vom Autor aber leider nicht beantwortet. Statt dessen erfahren wir, dass geheime Dokumente belegten, wie die alten Kolonialmächte systematisch die neuen Republiken in der Karibik und anderswo zu destabilisieren suchten und Massaker verübten – dergleichen liest man seit Jahrzehnten in nahezu jeder Darstellung des Kolonialismus. Auch die Dekolonisierung sei nicht Ausdruck eines liberalen, demokratischen Telos gewesen, so Hanchard mit Verweis auf die Literatur, sondern sei den geopolitischen Realitäten der Zeit geschuldet gewesen. Das ist ebenfalls ein Befund, der kaum überrascht. Im Falle Frankreichs könne das Verhältnis zwischen den Kolonien und Paris charakterisiert werden „as inclusionary discrimination, in which certain ethno-national groups have been more easily integrated into French society than

others. French society contains elements of the assimilation and segregation models, in addition to unique features not attributable to either one“ - als da wären? Statt das nun näher auszuführen, muss ein Rap-Song als Beleg dafür herhalten, dass der französische Republikanismus, anders als von Jacques Chirac behauptet, „nonwhites“ nicht integriert und die französische Gesellschaft „the role of racism as a differentiating mechanism“ bis heute nicht begriffen habe (S. 145). Derlei lese ich seit Jahren in der Tageszeitung. Dass Briten und Franzosen andere Migrantengruppen diskriminieren als die USA, ist plausibel - und ebenfalls Zeitungswissen. Dass das vermeintlich egalisierende französische *jus soli* auf französischem Boden Geborenen lange Zeit trotzdem die Staatsbürgerschaft verweigern konnte, ist bemerkenswert. Und was unterscheidet Immigrantengruppen in den USA im 19. und 20. Jahrhundert? Auch darauf gibt es keine konkreten Antworten, nur den vagen Hinweis, dass sie alle der „racialization at different points in US history“ unterlagen (S. 192).

So verbleibt der Text durchgehend im Ungefähren. Mal werden einzelne Verfasser angeführt, mal einzelne Gesetze referiert, doch die Rekonstruktion gesellschaftspolitischer Debatten oder konkrete Fallstudien sucht man vergebens. Immer wieder wirft Hanchard wichtige Fragen auf, ohne sie jedoch zu beantworten. Immer wieder weist er auf Zusammenhänge hin, ohne den jeweils behaupteten komplexen Nexus von demokratischen und exkludierenden Praktiken tatsächlich anschaulich zu machen. Neue Formen der politischen Exklusion in den mittelamerikanischen Republiken beispielsweise scheinen darauf zurückzuführen zu sein, dass die alten Eliten mit der Unabhängigkeit und Demokratisierung nichts gewannen, sondern an Einfluss verloren (S. 78). Mehr erfahren wir nicht. Stellenweise liest sich der Text wie eine Aneinanderreihung von Exzerpten aus immer neuen Werken anderer Autoren. Erst im Schlusskapitel werden drei knappe Statistiken präsentiert, die den Konnex von Ethnie, Gesundheit, Bildung und Arbeitslosigkeit belegen sollen. Abgesehen davon, dass die betreffenden statistischen Kondensationen wie so oft lückenhaft und kaum valide sind, sondern allenfalls illustrierenden Charakter haben, überrascht es kaum, das „whites“ zumeist besser abschneiden, abgesehen von der Ausnahme, dass Inder und Schwarzafrikaner in Bildungsfragen teils sogar besser abschneiden als „Weiße“. Hanchard weist später selbst darauf hin, dass die statistischen Kategorien problematisch, weil in zahllosen staatlichen Institutionen entworfen und verfestigt worden sind - wie das genau funktionierte, lässt er uns wiederum nicht wissen.

Man kann Hanchard in vielem, vielleicht sogar jeder seiner Aussagen zustimmen - weil man das so in etwa ohnehin schon wusste. Aber wie man angesichts der herrschenden Lage dem Ziel, „societies less ethnocentric and more ethos-centric“ zu machen, näher kommen soll, bleibt das Geheimnis des Autors. Die Aufgabe ist zweifellos „one of the great challenges of balancing pluralism and democracy in contemporary nation-states“ (S. 170); praktische Hinweise, geschweige denn eine Betriebsanleitung zu ihrer Bewältigung, sucht man in dem Buch jedoch vergebens. Ohne die Bereitschaft, sich auf die Mikrophysik demokratischer Machtverhältnisse einzulassen, ist das auch nicht zu erwarten.

Vielleicht ist mein Urteil ungerecht. So wie Bauman die Soziologen mit einer genauen Beschreibung der bürokratischen Organisation und Durchführung des Holocaust überraschte, so überrascht Hanchard möglicherweise seine KollegInnen in der Politikwissenschaft mit seinen Thesen. Dann wäre das Buch für sie geschrieben. Ich kann das nicht beurteilen. Für Kulturwissenschaftler ergibt sich nach der Lektüre des Buches immerhin die Anweisung, Exklusion nicht als Anomalie der Demokratie auszublenden, sondern als funktionales Element kritisch zu analysieren.
